

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Nachbarorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklamezeile 40 Pfg., Zusatzgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für frühige Übergabe unbedingt geschätzter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keine Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Leihen, ausgiebig Postgebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 143

Dienstag, den 3. Dezember 1929

31. Jahrg.

Die Pächter händiger Grundstücke werden ersucht, **die Landpächte** bis spätestens 15. Dezember an unsere Kämmererei zu zahlen. Kemberg, den 2. Dezember 1929. Der Magistrat.

Nutzholzversteigerung. Montag, den 9. Dezember, 9 Uhr, sollen im Stadtforsort **Oppin** 370 kieferne Brett- u. Baustämme, 7 eichene Nutzstücke, 2 Birken, (Durchforstung) versteigert werden. Aufmaßlisten sind in der Stadtschreiberei zu bestellen (Zel. 204). Sammelort: Forsthaus, Bedingungen im Termin. Kemberg, den 2. Dezember 1929. Der Magistrat.

Die Fuhrenvergebung für 1930 soll Sonnabend, den 7. Dezember, um 18 Uhr im Rathaus stattfinden. Kemberg, den 2. Dezember 1929. Der Magistrat.

Neues in Kürze.

- Im Reichstag wurde das Freiheitsgesetz mit großer Mehrheit abgelehnt.
- Große Feiern in den Hauptorten sowohl als auch an den kleinen Plätzen zeigen die außerordentliche Begeisterung in der zweiten Zone des Rheinlandes über die endlich erfolgte Befreiung.
- Das Arbeitsministerium beschließt, dem Reichstag eine Vorlage über die Beitragsverpflichtung in der Arbeitslosenversicherung von 1/2 Prozent vorzulegen.
- Commander Bard hat mit der Überlieferung des Südpols einen einjährigen Weltreife aufgelegt, da er auch den Nordpol bereits überflogen hatte.

Die zweite Zone frei!

Die Reichsflagge weht auf dem Ehrenbreitstein. — Koblenz, 1. Dezember. Im Rheinland läuten die Glocken, Hammen die Feuerzeichen zum Firmament empor, sie finden den Jubel der zwei Millionen, die endlich nach 11jähriger Härten, nach Not der Verhungung und unangenehmer Bekräftigung die Freiheit begrüßen dürfen. Die zweite Zone, die Koblenz, Aachen, Düren und Trier umfasst, ist der Heimat, ist dem Reich und somit der höchsten Souveränität wiederzugeben. Nachts 11.55 Uhr verkehrte die Or den Kolonnen der befreiten Städte und am Deutschen Od bei Koblenz, dem Zusammenfluß von Rhein und Mosel, verarmte Bevölkerung mehrere Minuten in Schweigen. In allen Städten hielten die Oberbürgermeister Anreden, in Koblenz sprach der Reichsminister für die befreiten Gebiete, und am Grabe Stresemanns auf dem Berliner Außenbreitsteins Friedhof ließ die Stadt Koblenz einen Kranz der Dankbarkeit niederlegen. Zum erstenmal seit Kriegsende wurde auf dem Ehrenbreitstein gegenüber Koblenz wieder die Reichsflagge gehißt. In Aachen zogen Fackelträger durch die Straßen der befreiten Stadt.

Aufruf des Oberpräsidenten Fuchs.

Die zweite Befreiungszone ist geräumt. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember werden zwei Millionen Deutsche die Freiheit wiedererlangen. Vom Ehrenbreitstein und vom Dienstadtgebäude des Oberpräsidenten, das mehr als zehn Jahre der Rheinlandkommunisten als Internatium gedient hat, wird wieder die deutsche Flagge wehen. In dieser Stunde gebieten wir zunächst der Brüder und Schwestern, die in der dritten Zone des befreiten Gebietes und an der Saar mehrheitlich für Volk und Vaterland fremde Macht zu ertragen haben. Ihnen gilt unter erster herzlicher Gruß. Wir fühlen uns mit ihrem Schicksal nach wie vor innig verbunden. Wir hoffen unverwundlich, daß auch ihnen recht bald die Stimme der Freiheit schallt. Mit offenen Armen werden wir auch die Getreuen von der Saar im Vaterlande empfangen. Unser Dank gilt heute der Reichsregierung, deren weitsehender Politik die Grundlage für eine vorzeitige Räumung gelegt hat. Dankbar denken wir der Führer, die Reich und Staat unserer Heimat in schwerer Zeit haben zuteil werden lassen, und in gläubiger Zuversicht bitten wir auch weiterhin zu ihnen auf, die auch in Zukunft treue Hüterin unserer Belange sein werden.

Es wird noch durchgreifende Maßnahmen bedürfen, um die von der Belagerung getroffenen Gebiete entwicklungs-fähig zu gestalten. — Der Bevölkerung des nunmehr befreiten Gebietes spreche ich aufrichtigen Dank und wärmste Anerkennung aus für die würdige Haltung, die sie in den langen Jahren der Belagerung gezeigt hat.

Das Freiheitsgesetz im Reichstag.

Dr. Curtius verteidigt den Regierungsvorstand. — Berlin, 30. November. Auf der Tagesordnung der Reichstagsagung stand als einziger Verhandlungspunkt die erste Beratung des aus dem Volksbegehren hervorgegangenen Gesetzesentwurfes „gegen die Verklammerung des deutschen Volkes“. Reichsaussenminister Dr. Curtius begründete die Stellung der Reichsregierung, die um eine baldige Entscheidung des Reichstages bitte. Sie fordere und erwarde von ihm die Ablehnung des Gesetzes. Der Volksentscheid sei auf den 22. Dezember festgesetzt. Wirtschaftliche Schädigungen seien hierüber ebenso wenig zu befürchten wie eine Beeinträchtigung der Sinnmabgabe. Eine Hinausschiebung würde eine unerwünschte Erhöhung der innen- und außenpolitischen Lage bedeuten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß es sich nur um einen Kampf gegen den Reichsausschuß handele. Die Aktion des Reichsausschusses sei ein Angriff gegen die Autorität des Staates, in dessen Ansehn hat das Reichskabinett mit den Regierungsparteien einig sei.

Wenn die Mehrheit des Reichstages den Gesetzesentwurf ablehne, so bedeute das nicht, daß sie sich mit dem Kriegskabinetts abfinde. Wir wollen uns aber nicht der Täuschung schuldig machen, als ob durch Volksentscheid allein internationale Verträge außer Kraft gesetzt werden könnten. Der Minister beschäftigte sich dann mit dem Teil des Gesetzesentwurfes, der die Ablehnung des Youngplanes fordert. In keinem Lande der Erde ist durch die letzten 10 Jahre Gebahren genommen, was sich durch die Abstimmung machen zu wollen. Auch bei der Schaffung der Weimarer Verfassung habe man an ein solches Volksbegehren wohl nicht gedacht.

Vertagung politischer Entscheidungen in die Massen bedeute Abhandlung der Führung. Der Führergedanke, auf den Jugenberg und die Geinen so stolz seien, gehe damit unter. Wenn weite Kreise der eigenen Partei ihrem Führer nicht gefolgt seien, so habe man dort wohl gefühlt, daß das Volk mißbraucht werden solle. Der Minister verwies auf die Bestimmung der Reichsverfassung, wonach der Reichsausschuß und die Reichsregierung vom Volksbegehren ausgenommen sind. Die Regierung habe sich nicht darauf berufen, weil es sich hier nicht um ein Abgabengesetz im eigentlichen Sinne handele. Es sei aber gewiß, daß das Volksbegehren gegen den Sinn der Bestimmung verstoße. Ueber den Youngplan selbst könne er heute nur mit Zurückhaltung sprechen. Die Reichsregierung lei nicht blind gegen die Völkern, die vertrieben würden. Keine Grenzen müßten aber die ersten Erfolge der Regierung wagt distanzieren können, die er dem deutschen Volke bringe. Vor allem werde die endliche vollständige Räumung der Rheinlandes erreicht.

Der Minister richtete dann 10 Fragen an den Abgeordneten Dr. Jugenberg. Nach Paragraph 2 des vorliegenden Gesetzes, so erklärte er, hat die Reichsregierung auf die Aufhebung der Kriegsschuld und Sanctionsartikel des Versailles Vertrages und die bedingungslose Räumung der befreiten Gebiete hinzuwirken.

Zehn Fragen.

- Haben Sie, Hohe Herr Jugenberg, einen Operationsbefehl zu diesem Stappenbefehl vorbereitet und wollen Sie nicht auf diesen der Reichsregierung für ihren Frontantritt zur Verfügung stellen?
- Welche Gewähr haben Sie für Ihre in Kassel gemachte Feststellung, daß nach der Ablehnung des Young-Planes die Gläubigerermächte bereit wären, im nächsten Jahre neue Verhandlungen aufzunehmen?
- Wenn Sie, wie bisher, alles auf die Dawes-Kräfte einstellen, haben Sie eine Vorstellung vom brennenden Eintritt und vom Verlust der Reichs- und haben Sie eine Sicherheit dafür, daß wir am Ende weniger als nach dem Young-Plan zu übernehmen haben?
- Sie malen die Gefahr einer neuen Währungszerstückung an der Wand, was in triviale Weise eine gewisse Waffe von Zeit zu Zeit wiederholt. Wollen Sie nicht, daß mit der Unabhängigkeit der Reichsbank absolute Gewähr für die Festigkeit der Währung gegeben ist und daß die Reichsbank wiederholt die Probe darauf bestanden hat?
- Sie werden nach Ihren kasseler Richtlinien eine auswärtige Politik der gegenseitigen Auslösung der Kriegsschulden treiben und erwarren, daß alle Staaten auf diesen Weg gedrängt werden, sobald sie sich durch Ihre Politik eröffnen. Wollen Sie uns verraten, welche politischen Schritte Sie bei der Definition dieses Weges im Auge haben?
- Woher schöpfen Sie die Sicherheit, daß auch die Vereinigten Staaten sich diesem Wege anschließen werden? Sollte der Brief vom März 1929 die Vereinigten Staaten zur Schuldentilgung bereit gemacht haben?

- Sie wollen die politische Zusammenarbeit in Deutschland durch ein Programm geher politischer Arbeit einleiten. Sind Sie endlich bereit, ein solches nicht aus Schlagworten bestehendes umfangreiches Programm vorzulegen?
- Solange der Young-Plan über uns lastet, soll es noch Ihnen keine Ordnung in Deutschland, kein gelingendes Regieren, keine Steuererleichterung usw. geben. Wollen Sie uns den Schlüssel zeigen, der nach Ablehnung des Young-Planes den Weg zu all den Gütern eröffnet?
- Sie lehnen es ab, nach Annahme des Young-Planes mit anderen annehmenden Parteien zusammenzutreten. Da die hiesigen Parteien der Regierungskoalition rundweg jede Koalition mit Ihnen ablehnen, wollen Sie uns die politischen Kräfte weisen, mit denen Sie Ihre Ziele in Zukunft verwirklichen wollen?
- Sie es zu befehlen, daß Sie trotz alledem an einer Politik teilhaben wollen, die unter Abänderung aller politischen Realitäten sich in unrichtbarer Kritik verzehrt, das Volk verheißt, die eigene Partei in hoffnungslose Isolierung hineinmanövrieren und die müßsam erlärte Stellung Deutschlands auf das Schermerde führen müßte?

Der Minister fuhr fort, stelle der Paragraph 4 dar. Es handelt sich hier nicht um eine Gesetzgebungsaktion, sondern um ein in die Form eines Gesetzes gefeldertes Urteil gegen ganz bestimmte Männer. Der Reichsausschuß der deutschen Volkspartei habe dieses Vorgehen als ein Inzident bezeichnet, für die auch der nächste politische Kampf keine Entscheidung bietet. Ich habe dem nicht beigepflichtet.

Wenn der vorliegende Entwurf Gesetz würde, würde nicht aus eine Weiterentwicklung unserer politischen Ziele unmöglich gemacht, sondern auch das bisher Erreichte reiflos zerstückelt. Es ist deshalb die Aufgabe der Stunde, eindeutig zu bekunden, daß die Mehrheit des Volkes entschlossen sei, der Reichsregierung auf dem bisherigen Wege der Außenpolitik weiter zu folgen. Wenn es jetzt gelingt, die atuten aus dem Weltkrieg herührenden Fragen zu befeinigen, werden wir nach mehr als bisher in der Lage sein, diejenigen Aufgaben ins Auge zu fassen, die sich aus der Entwicklung der großen internationalen Zusammenhänge ergeben. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern notwendig. Die Verwirklichung des Volksbegehrens dagegen würde Deutschland in die Isolierung zurückwerfen.

Zum Schluß betonte der Minister, daß die Haltung, mit der wir die Wege unserer Außenpolitik gegangen seien, nicht die des demütig Begehrten gewesen sei. Deutschland habe durch die ehrenvolle Niederlage seinen Stolz nicht verloren.

Der Minister wurde häufig durch Zurufe und Gelächter auf der Rechten unterbrochen. Als er die 10 Fragen an Dr. Jugenberg richtete, eröfnete bei den Regierungsparteien förmlicher Beifall und Händelklatschen, häufig auch förmliche Gelächter, worauf von der Rechten mit Zwischenrufen erwidert wurde. Am Schluß erhielt der Minister harten Beifall bei den Regierungsparteien. Einige Nationalsozialisten und Kommunisten wurden zur Ordnung gerufen. Nach der Rede des Außenministers wurde ein Antrag des Abgeordneten Dr. Fried (Nat.-Soz.)

auf Herbeiführung des Reichsvertragsministers, der über die Festsetzung der deutschen Eisenbahnlinien im befreiten Gebiet und über die Rechtsstellung der Eisenbahnbeamten im neuen Reichsbahngesetz Auskunft geben sollte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann nahm Abgeordneter Eiser (Ztr.)

das Wort, um im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung zu dem Volksbegehren-Gesetz abzugeben. Er betonte dabei, daß das Gesetz die Ergebnisse der bisherigen deutschen Außenpolitik zerstückeln würde, die durch die Verwirklichung der Verträge eine Politik der Herausforderung verlange und die Diskussion erzwinge, daß Deutschland die Kriegsschulden durch bloßen Protest übersehen und das Rheinland und das Saargebiet infolgedessen völlig befreien könne. Weiter sollten

die verantwortlichen Träger der Reichspolitik als gemeine Verbrecher wegen Landesverrats ins Justizhaus gebracht werden. Damit würden aber nur die in hartem Ringen erlittenen Anlässe zum Widerauffleben Deutschlands gehemmt werden. Die durch die Volksbegehren erfolgte Aufhebung des Volkes und des Mißtrauens des Auslandes hätten die Möglichkeit schon immer erfüllt. In der Zurückweisung der Kriegsschuldtheorie sei das ganze Volk einig.

Abschließend erklärte Abgeordneter Eiser, die Regierungsparteien würden den Entwurf in allen seinen Teilen ablehnen, da er nicht zur Freiheit führe, sondern nur zu neuer Sklaverei und Ohnmacht. Die Ausführungen des Redners wurden bei den Regierungsparteien mit Beifall aufgenommen.

Mit der Ausrede verbunden wird ein deutschnationaler Antrag: den Reichsinnenminister zu erlauben, als Tag für die Volksbegehren nicht den Goldenen Sonntag, sondern einen Sonntag angulien, der wirklich den Wahlberechtigten die Möglichkeit der Beteiligung biete.

Der Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. ... (Stimmliche Rufe aus den Regierungsparteien: Jugenberg, Jugenberg!) Das Wort hat Herr Abg. Dr. Oberhofen.

Abg. Dr. Oberhofen (Dnt.)

zunächst durch die Juris aus dem Saufe an Sprechen verbinde...

Die Gegner des Freiheitsgesetzes vermeiden es ängstlich, sich in eine laichliche Kritik über das Freiheitsgesetz einzulassen.

Wenn man nicht juristisch, sondern mit klaren Worten sich hätte ausdrücken können, so hätte vielleicht gesagt werden müssen: die deutsche Außenpolitik, wie sie seit 1871 ergriffen...

Die Reparationsbank ist ein gefährliches Instrument des Feindbundes gegen Deutschland.

Die Alternative heiße: Young-Kette oder Dawes-Kette.

Der Young-Plan führe zur Verhinderung der deutschen Wirtschaft und zur Verdrängung der deutschen Arbeiter...

Freiheitsgesetz abgelehnt.

Schwerer Kiedekamp in Reichstag.

Das Berlin, 1. Dezember.

Präsident Eöde eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Freiheitsgesetzes.

In Verbindung mit den Anträgen über den Abstammungs- tag. Zum § 4 ist namentliche Abstimmung beantragt.

Doktors Töchterlein.

Original-Novelle von Ludwig Blumke.

2) (Madamchen verboten.) Es war ihr Vater, Dr. Keller. Er stieß gegen die Tochter mit der mageren, nervös zitternden Hand über die Wangen...

Abg. Frau Lehmann-Beckin (Dnt.)

erklärt, nur in der höchsten Notlage könne man zu dem letzten Mittel des Volksbegehrens greifen.

Abg. v. Karborff (Dnt.)

betont, daß das Volksbegehren sich in erster Linie gegen den verstorbenen Außenminister richte und ferner gegen die Deutsche Volkspartei.

Die Aktion des Reichsausschusses sei ein Spiel mit dem Feuer.

Was würde man dazu sagen, wenn Volksbegehren eingeleitet werden über die Streichung hoher Offizierspensionen oder über die Konfiskation aller Vermögen über 50 000 Mark?

Der § 4 des Volksbegehrens hat uns aufs tiefste getränkt und verlezt. Wir haben die Worte an Erzbischof und Athenau erlebt und wissen, welche furchtbaren Folgen es haben kann.

Hugenberg hat es durch seine Aktion unmöglich gemacht, daß sich in den nächsten Jahren eine bürgerliche Einheitsfront gegen den Marxismus bilden kann.

Reichsinnenminister Cövering

geht zunächst auf die Kritik des Abg. von Karborff an der Haltung der Regierung ein.

Der Minister verteidigt dann die Festsetzung des Abstammungstermins auf den 22. Dezember und erklärt zum Schluß: Namens der Reichsregierung bitte ich das deutsche Volk dringend, am 22. Dezember zu Hause zu bleiben...

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.)

betont, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß das Volksbegehren, ganz unabhängig von dem Gutachten der Reichsregierung, verfassungswidrig sei.

und es ist ihr, als gränze sie der Totenkopf, der dort auf des Reichsausschusses Jahrbuch stand, noch höhner an als gewöhnlich.

Es war ein herrlicher Morgen. Eva duldete es, trotzdem sie kaum eine Stunde lang geschlafen hatte, bei all den trübenden Gedanken nicht mehr im Zimmer.

Es war es gewöhnt, früh aufzustehen und feißig Drogenkaffee zu trinken. Zwei begab sie sich denn auch bereits in aller Frühe hinaus in den Garten.

Es war ein herrlicher Morgen. Eva duldete es, trotzdem sie kaum eine Stunde lang geschlafen hatte, bei all den trübenden Gedanken nicht mehr im Zimmer.

Es war es gewöhnt, früh aufzustehen und feißig Drogenkaffee zu trinken. Zwei begab sie sich denn auch bereits in aller Frühe hinaus in den Garten.

Es war es gewöhnt, früh aufzustehen und feißig Drogenkaffee zu trinken. Zwei begab sie sich denn auch bereits in aller Frühe hinaus in den Garten.

Es war es gewöhnt, früh aufzustehen und feißig Drogenkaffee zu trinken. Zwei begab sie sich denn auch bereits in aller Frühe hinaus in den Garten.

Es war es gewöhnt, früh aufzustehen und feißig Drogenkaffee zu trinken. Zwei begab sie sich denn auch bereits in aller Frühe hinaus in den Garten.

Es war es gewöhnt, früh aufzustehen und feißig Drogenkaffee zu trinken. Zwei begab sie sich denn auch bereits in aller Frühe hinaus in den Garten.

nafen ein Interesse haben, damit die weiteren Verhandlungen über den Youngplan eingeleitet werden können.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.)

erinnert an die Kommunalwahlen, die beweisen hätten, daß die Nationalsozialisten im stärksten Vorwärt begriffen seien.

Abg. Stöcker (Komm.)

erklärt, in Wahrheit seien die Regierungsparteien und Deutschnationale über die Grundlagen der Außenpolitik einig.

Abg. Ehlermann (Dem.)

berührt es, daß heute die Trifolore von der Stellung Ehrenpreisen heruntergeholt und die schwarz-goldene Reichsflagge gehißt werde.

Abg. Dr. Cverling (Dnt.)

erklärt, die Art, wie der Kampf gegen Hugenberg hier geführt werde, zeige, daß es sich um die Abwehrbewegung eines faulen Söldners gegen einen Mann handele.

Die Abstimmung.

§ 1, der den unerwünschten feierlichen Widerruf des Kriegsschuldenerkenntnisses verlangt, wird in namentlicher Abstimmung mit 318 gegen 82 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Christlich-Nationalen Bauern, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den § 4, monach Reichsanzeiger, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes Verträge mit auswärtigen Mächten schließen.

Präsident Eöde stellt fest, daß das Gesetz in zweiter Lesung erledigt ist.

Die Anträge der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen, die eine Verschiebung der Volksabstimmung in den Januar zum Ziele haben, werden abgelehnt.

Das Haus verläßt sich auf Montag 3 Uhr: Auslieferungsgesetz, Verfassungsausschussgesetz, Novelle zum Reichsstaatsgesetz.

Das Schicksal der Saargruben.

Ministerpräsident Braun im Breußischen Landtag.

Das Berlin, 30. November.

Im Breußischen Landtag fand die mit Spannung erwartete Aussprache über die Große Anfrage der Regierungsparteien wegen des zukünftigen Schicksals der Saargruben statt.

Ministerpräsident Braun

erklärt in Beantwortung der Anfrage u. a., daß dem preußischen Staatsministerium seien in der letzten Zeit

schweins steht Hans Eevers vor ihr. Sie küßt einen Freundes aus und hätte dem Geliebten in die Arme fallen mögen im ersten Bohnenrausch.

„Fräulein Eöden“ — so nannte er seit einem Augenblicke — ich konnte nicht anders.

„Ich hätte so viel sagen und fragen mögen, doch hattest du keinen Augenblick Zeit, denn um neun muß ich am Auge sein.“

„Ich danke Ihnen von Herzen für — für — nun, daß Sie kamen, Hans.“ — Bitte, kommen Sie mit herein und trinken Sie eine Tasse Kaffee.“

„Was doch selbstredend.“ Eöden war so vollkommen, antwortete Hans, sein reizendes Bl. 3018 mit begehrenden Blicken ansehend.

(Fortsetzung folgt.)

Nur Margarine Rama im Blauband doppelt so gut

Mitteilungen darüber zugegangen, daß interessierte Persönlichkeiten der Privatwirtschaft die Rückgabe der Saargruben als Eigentum des preussischen Staates zu verurteilen lustig.

Die Staatsregierung, die solche Verträge auf das schärfste beurteilt, betrachte jeden privaten Eingriff, der gegen die Zurückführung der Saargruben in den uneingeschränkten Staatsbesitz gerichtet sei, als eine schwere Verletzung der nationalen Pflichten Deutschlands und als eine Verletzung der berechtigten Interessen der Saarbevölkerung. Sie werde alle solchen Verträge entschieden entgegennehmen, um so mehr, als sie weiß, daß sie mit dieser Auffassung auch den einmütigen Willen der gesamten Saarbevölkerung zum Ausdruck bringe.

Nach vor wenigen Tagen habe die Staatsregierung in einem besonderen Schreiben an den Reichsanwalt erneut darauf hingewiesen, daß sie ihrer künftigen Stellungnahme entsprechend den Wunsch erheben müsse, das volle Verfügungsrecht über die Saargruben ohne jede Bindung zurückzuerhalten. Der Reichsanwalt habe auf dieses Schreiben hin zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung die Auffassung der preussischen Staatsregierung in dieser Frage vollständig teile, und die bestimmte Erwartung habe, daß die Reichsregierung sich für die Durchführung der preussischen Auffassung mit allen Mitteln einsetzen werde.

Pläne des Reichsarbeitsministeriums.

Beitragsverhöhung in der Arbeitslosenversicherung.

— Berlin, 1. Dezember.

Im Reichsarbeitsministerium ist eine Vorlage ausgearbeitet, die vorschlägt, den gesetzgebenden Körperschaften in nächster Zeit eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 3 Prozent vorzuschlagen.

Dieser Vorschlag ist entstanden, weil man im Reichsarbeitsministerium zurzeit keinen anderen Weg sieht, um das entfallende und das noch entfallende Defizit bei der Arbeitslosenversicherung auszugleichen. Dieses Defizit wird bei dem jetzt in Geltung befindlichen Beitrag von 3 Prozent auf rund 200 Millionen Mark geschätzt. Der Reichsfinanzminister hat sich bei den bisherigen Verhandlungen außerstande gesehen, diese Beträge aus der Reichskasse zur Verfügung zu stellen. Auch eine darlehensweise Eingabe erscheint für die Reichskasse nicht tragbar. Es wird also gegreift werden, ob eine Beitragsverhöhung, die zur Hälfte von den Arbeitnehmern und zur Hälfte von den Arbeitgebern getragen wird, dürfte rund 240 Millionen Mark im Jahr an Mehreinnahmen bringen.

Nicht vor Januar!

Die Diskussionen über die Finanzreform.

— Berlin, 1. Dezember.

Der Reichsfinanzminister hat die Ansicht, wahrscheinlich schon Ende der nächsten Woche, mit den Parteiführern der Koalitionsparteien eine Aussprache über die Finanzreform herbeizuführen. Aber auch in dieser Aussprache wird er nicht in der Lage sein, das gesamte Programm fest umrissen zu entwickeln, da sich gerade in den letzten Tagen durch die öffentliche Diskussion herausgestellt hat, daß der zu behandelnde Fragenkomplex immer größer wird. So weit es sich um die Finanzreform, also um Etablizierung, Steuererhöhung und Einnahmeerhöhung handelt, sind die Vorarbeiten beendet.

Augenblicklich wird untersucht, ob die Auswirkung der geplanten Gelehe neue Gelehe bedingt oder die Verringerung bestehender Vorarbeiten. Diese sind immer mehr komplizierten Arbeiten können unmöglich vor Mitte Januar beendet sein, deshalb wird der Reichsfinanzminister erst Mitte Januar und gleichzeitig mit dem Programm ein Programm geschlossen entwickeln können. Den Parteien wird aber dadurch, daß sie zunächst Einzelheiten über die beschlossene Steuererhöhung und die geplanten Steuererhöhen, bereits Gelegenheit gegeben sein, sich mit der Finanzreform eingehend zu beschäftigen. Als gleichzeitig nach der vertraulichen Besprechung eine öffentliche Diskussion möglich sein wird, dürfte von der Einstellung der Parteien abhängen, die es jedenfalls auszuweichen werden, vor Weihnachten nicht mehr in die Isolerung und leicht Schärpen bringende Materie einzutreten.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 2. Dezember 1929

* Die außerordentlich schönen Herbsttage haben die Freunde des Waldes hinausgelockt. Von einem dieser treuen Waldfreunde wird uns mitgeteilt, daß die Hebelbeeren wieder in voller Blüte stehen ein Gefährnis in der Natur, welches nicht sehr häufig vorkommt.

* Der Krieger- und Landwehrverein hielt am vergangenen Freitag im Rahmen seiner Monatsversammlung, die gut besucht war, ab. Für den erkrankten 1. Vorsitzenden, H. Müller leitete der 2. Vorsitzende Kam. C. Beyer die Versammlung. Nach Aufzählung von 2 neuen Mitgliedern und Bericht über das abgelaufene Herbstvergehen, hielt Kam. Beyer als Festredner, einen Vortrag über Zweck und Ziele des Festwehrens. Der Stellvert. Vorsitzende Kam. Beyer brachte auch einige Sachen aus der Kriegerzeitung zu Gehör, die mit Beifall aufgenommen wurden. Laut Beschluß der Versammlung findet die Generalversammlung am Sonntag, den 28. 12. 29 im Vereinslokal statt. Nach dem Gesang des Liedes „Ich hat einen Kameraden“ wurde die Versammlung geschlossen.

Wittenberg, 29. Nov. Vermittelt wird seit Mittwoch, dem 27. November, der Bäckerlehrling Walter Reinhardt aus Pflaßberg, Feldstraße, 16 Jahre alt. R. ist beliebt

Frühzeitig einkaufen und frühzeitig inserieren!

Nicht mit Unrecht ergoht seit Jahren der Hinweis, jeder, der in der Lage dazu ist, solle sein Weihnachtseinkauf rechtzeitig machen. Freilich wenige können jetzt schon die Mittel aufbringen, um ihren ganzen Weihnachtseinkauf zu decken. Aber sie können doch jetzt bereits mit dem Einkauf beginnen und so nach und nach ihren Dispositionen nachgehen. Daß jeder oder fast jeder die meisten sich völlig klar darüber sind, was sie einkaufen werden, ist wohl anzunehmen. Denn wenn sich die ersten Anzeichen des Weihnachtseinkaufes zeigen, kommen die Gedanken und Absichten zum Ausdruck, die schon die schönste Zeit zur Auswahl. Er kommt nicht in Gedränge und nicht in Verlegenheit, mit Warenhütern abgepepelt zu werden oder irgend etwas aus Verlegenheit nehmen zu müssen, von dem er selbst nicht erbaute ist. Es hat schon viel für sich, wenn sich auch der Weihnachtseinkauf teilen, streuen, ausgleichen kann.

Aber jeder pflegt die Geschäftswelt zwar die Wohnung zum frühen Einkauf mit Freunden zu befragen und zu unterstützen. Selbst denkt er aber erst in vielen Fällen sehr spät daran, dieser Wohnung Werbung zu tragen. So der letzten Zeit vor dem Feste häufen sich die Anpreisungen. Dann überschreit eine Anzeige die andere, dann muß der Käufer lange suchen, bis er durch den Interzessent der Zeitung hindurchfindet. Die Geschäftswelt sollte sofort mit ihrer Klamme beginnen. Dadurch regent sie am meisten zum frühen Einkauf an und eine alte Erfahrung lehrt, daß die rechtzeitige Klamme durch die besten Kunden, die durch geschickte Anzeigen bereits das Kaufpublikum anlockt, dann zurückerwarteten Kunden werden von ihrer Einkaufsquelle sprechen. So hat jedes Inserat, jetzt veröffentlicht, einen weit größeren Erfolg, als wenn es später gegen andere Anpreisungen antämpfen muß.

Zwei Dinge werden also besonders zu beachten sein: Zunächst die Anzeigung zum frühzeitigen Einkauf, der in den ersten Dezembertagen ruhig beginnen kann. Die Anzeigung unterläßt durch die besten Kunden, die rechtzeitig ebenfalls auf dem Platze sein muß. Ausstellungen und schöne Schaufenster allein reichen nicht. Die Walle muß es wissen, was man bietet. Und dann zu zwei: der Käufer! Er laufe vorbedacht, benutze die vorhandenen Mittel und schreibe nur das für die letzte Zeit auf, das wirklich Zeit hat oder sich jetzt nicht finanziell erwidern läßt. Das Weihnachtsgeschäft, das ja beiden Seiten, dem Geschäftsmann und dem Kunden Freude bringen soll, kann gescheitern!

mit graugelbem Hofe, dunklem Jackett und gelber Mütze. Unter dem Jackett trägt er eine weiße Hütchen. Er ist groß und fast gebaut und hat blondes, lockiges Haar. Fingerringe, Wagnerschmuck, eine goldene Uhr, ein Schmiedemeister Karl Reinhardt, Pflaßberg, Feldstraße 20, oder der Landjägeri Pflaßberg mitteilen.

Wfa. (Motorradunglück) Als die Gebrüder Kleine aus Geminal gefahren früh nach der Arbeitsstätte fuhren, kamen sie mit dem Motorrad in den Rißer Badgründe auf der schiefen Gasse ins Schleudern und der in Rißer mochte Otto Klein wurde vom Sozius auf einen Pfeilstein geschleudert. Er erlitt eine starke Rückenverletzung und mußte der Arzt herbeigerufen werden. Der Verletzte wird wohl längere Zeit das Bett hüten müssen. Der Führer des Motorrades wurde in den Gassegraben geschleudert, kam aber mit leichten Verletzungen davon, so daß er, da das Rad intakt geblieben war, seine Arbeitsstelle aufsuchen konnte.

Landsberg. (Der Totgeglaube sah im Wirtshaus — So einfach war die Lösung und doch kam man nicht darauf) In den frühen Morgenstunden fand man am Ausgange des Ortes einen herrenlosen Einspännernwagen auf der Landstraße. Die Landjägeri stellte fest, daß der Wagen einem Geschäftsmann aus Osmünde gehörte und beschuldigte die Gattin, die benutzt nach Landsberg eilte. Als sie das Rathaus verließ, machte sie große Augen: ihr Mann, den man schon ermordet glaubte, kam ihr frisch und gesund auf einem gepumpten Fahrrad entgegen. Er hatte eine schwere Sägen im Gattenshaus zu Groß-Nyha hinter sich. Da es dem Pferd zu langsam wurde, hatte es sich in Bewegung gesetzt, um allein den heimischen Benaten zuzutreiben.

Halle. Das neue Studentenhäus eingeweiht. In Halle wurde das neue Studentenhäus „Bürge zur Tulpe“ mit einem feierlichen Fest eingeweiht. Die Festrede hielt Universitätsprofessor Dr. Wenzel. Der Bau wurde in einem Viertel Jahren fertiggestellt und bietet Platz für 850 Speisegäste. Daneben ist noch im oberen Stockwerk ein Klubzimmer, das auch als Vortragssaal dienen kann, ferner ein Spielzimmer und ein Lesezimmer. Die Ausstattung ist durchaus modern und paßt sich den gegebenen Anforderungen in vorzüglicher Weise an.

Queblinburg. In zehnjährige Daulitzer als Einbrecher. Am 20. November war in die Zuderfabrik Walsleben (Kreis Bernburg) eingebrochen und ein Betrag von 7000 Mark geraubt worden. Als mutmaßliche Täter kamen zwei Stoffreißer in Frage, die durch den Gebrauch der englischen und italienischen Sprache auffielen. Auf eine Pressemeldung hin entnahmen sich zwei Bürger zweier italienischer Reisender, die sie kurz zuvor befragt hatten. Der Kriminalpolizei, die sofort nachsichtig wurde, gelang es auch in Queblinburg, die Täter zu identifizieren. Die beiden Geldstrahler wurden am Bahnhof zu finden und zu verhaften.

Wettersoda b. Nauga. Zweijähriger Schwein als Belohnung. Dem Gutsherrn Paul Schäfer wurden namig zwei neue beladene Räderwagen, die in der Flur stehen geblieben waren und am nächsten Morgen der Zuderfabrik angeführt werden sollten, durch Festhalten der Walsleben (Kreis Bernburg) identifiziert. Der erste wurde es auch in Queblinburg, die Täter zu identifizieren. Die beiden Geldstrahler wurden am Bahnhof zu finden und zu verhaften.

Delitzsch. 600 Prozent Arbeitslose mehr als im vorigen Jahr. Im Bezirk des Arbeitsamtes Bitterfeld, der neben dem Bitterfelder-Bollener Industriebezirk nach Teile von Anhalt und dem Kreis Delitzsch umfaßt, ist die Arbeitslosigkeit in geradezu beängstigendem Maße gestiegen. Am 15. November 1929 wurden über 600 Prozent Arbeitslose mehr unterstellt als am gleichen Tage des Jahres 1928. Diese Rekordzahl steht in Mitteldeutschland einzig da. Die katastrophale Entwicklung ist in der Hauptsache auf große Entlassungen der demnächst Großindustrie (S. G. Farben in Bitterfeld und Wölfen) und in der Holz- und Möbelindustrie (Pianosfabriken in Eilenburg) zurückzuführen.

Leipzig. Die Braut aus Eiferjuchter toten. Am 30. November hat in der zweiten Nachmittagsstunde der 28 Jahre alte Bauarbeiter Henry D. in der Hausflur des Grundstückes Körnerstraße 30 seine dort wohnhafte Braut Friede S., 19 Jahre alt, mit einem dolchartigen Messer in den Hals gestochen. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus ist sie der erlittenen Verletzung erlegen. Der Täter wurde festgenommen. Er hat angegeben, daß er sich gestern abend mit ihr habe treffen wollen. Sie sei jedoch nicht erschienen. Um sie zur Rede zu stellen, habe er sie heute in ihrer Wohnung angetroffen und ermordet. Die S. habe ihn aber nicht eingeladen. Darauf habe er sie in dem Hausflur gestochen, weil er vermutet habe, sie habe mit einem anderen ein Liebesverhältnis.

Dresden. Explosion durch eine Petroleumlampe. In Dresden-Friedrichstadt ereignete sich im Grundriß Schäferstraße 9 ein entsetzliches Brandunglück. Dort wohnte im Hinterhaus zu ebener Erde die frühere Hebamme Agnes Schneider. Beim Auffüllen einer Lampe mit Petroleum müllten sich Gase entzündet haben, die alsobald zu einer heftigen Explosion führten. Der Luftdruck war so erheblich, daß die Fensterfenster zerbrachen, eine Tür aus den Angeln gehoben und Frau Schneider in eine Ecke ihrer Stube geschleudert wurde, deren Einrichtung alsobald auch in Brand geriet. Hausbesitzer alarmierten sofort die Feuerwehr, die unter Benützung einer Schlauchleitung die Flammen in kurzer Zeit unterdrückte. Bei der Bergung der Verunglückten konnten nur zwei Frauen gerettet werden, die Verletzungen erlitten hatte.

Freiberg. Die Stadt braucht 500 000 Mark. Das Stadterwerbsamt hat sich bei den Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten die Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Mark bei der Kredit-Anstalt Schächler Gemeinden. Die Anleihe soll zur Herabminderung des Defizits im städtischen Haushalt dienen.

Weimar. Lokomotive auf einen Personenzug aufgefahren. Wie die Reichsbahnverwaltung erst kürzlich, ließ eine Güterlokomotive auf den am Bahnsteig liegenden Personenzug 402 laufen auf. Zwei Reisende erlitten Verletzungen. Ein Sachschaden oder eine Betriebsstörung ist nicht eingetreten. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Calbe (Saale). Petrus wird ins Handwerk gepusht. Der Gutsherr H. Bennert in Calbe hat beim Beitragsausfluß die Genehmigung zur Errichtung einer Bergungsanlage für seine an der Bode liegenden Ländereien nachgeholt. Die Bergungsanlage wird durch eine Pumpe ausgeführt, die 600 Liter pro Minute aus der Bode nimmt. Da die Pumpe während 10 Stunden des Tages arbeiten soll, muß nach dem Wasserrecht zur Entnahme des Wassers aus der Bode die Genehmigung des Bezirksausflusses eingeholt werden.

Waldhausen. Prozeß wegen Verstoßes der Fische. Die Gemeinde Waldhausen hat sich bei der Verletzung des Jorgenswassers durch die Nordhäuser Kläranlage gekümmert, was die Fische der Kläranlage geschadet hat. Die Kläranlage hat die Meinung, daß das große Fischsterben in der Fische durch die Nordhäuser Kläranlage verursacht ist. Die Gemeinde hat sich bei der Kläranlage beschuldigt, was die Kläranlage zu Schaden zu erben.

Irrenhaus oder Anklagebank?

Verfahren gegen Wächter Schulz in einem neuen Stadium.

— Berlin, 1. Dezember.

Gegen den kürzlich wegen Mißhandlung verhafteten Bauwächter Schulz ist jetzt die gerichtliche Voruntersuchung wegen Mordes, verübt an der kleinen Silb-Zerrenich, eröffnet worden. Es wird von dem weiteren Verlauf der Voruntersuchung abhängen, ob dann die Akten zur Formulierung der Anklage der Staatsanwaltschaft zugestellt werden.

Nachdem Schulz gegen Schulz wegen des Stittfickensverbrechens an seiner eigenen Tochter die Anklage vor dem Schöffengericht erhoben werden. Vorher wird auf Antrag des Verteidigers, Dr. Reimold, der Verhaftete noch auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Wie man hört, hat Veranlassung zu dieser Untersuchung der Umstand gegeben, daß in dem ersten Ermittlungsverfahren Zeugen erklärten, sie hätten Schulz in einem trampsähnlichen Zustande auf dem Grundstück liegend vorgefunden. Infolge dessen soll festgestellt werden, ob man es bei Schulz, mit einem Epileptiker zu tun hat. Aber wahrscheinlich ist nicht in diesem Falle von einer strafrechtlichen Verfolgung des Wächter Schulz abgesehen werden, es käme dann jedoch seine Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt als gemeingefährlicher Geisteskranker in Betracht.

Kirchliche Nachrichten.

Remberg.

Freitag, den 6. ds. Mts., abends 8 Uhr Bibelstunde im Archidiaconat.

— Pfarrerr. Krumm.

Calbe.

Donnerstag, den 5. ds. Mts., abends 8 Uhr bei Michèle, Vereinszimmer, Adventsfeier Pfarrerr. Krumm. Jedermann ist zu diesen Veranstaltungen willkommen. Zu zahlreichem Besuche wird herzlich eingeladen.



Mein Weihnachtsverkauf

bringt in allen Artikeln eine unübertroffene Auswahl zu enorm billigen Preisen

Damen-Konfektion

Damen-, Frauen-, Backfisch- und Kinder-Mäntel, Tanz- und Straßenkleider
Strickkleider, Jumper, Strickjacken

Seidenstoffe

Größte Farbenfortimente in Veloutine — Crêpe de Chine — Marocain, Moiré
Satin-riche — Crêpe Georgette — Waschseide

Kleiderstoffe

Crêpe-Kaid — Veloutine de laine — Woll-Georgette — Ripse — Popeline
Wollmuflin — Halbtuche und Kleiderbardient

Bett-, Leib- und Tischwäsche

Damenhemden — Nachthemden — Nachtsachen — Tischtücher — Tafeltücher
Kaffeedecken in wunderschönen frdl. Damastmustern — Bettbezüge in Damast
Stangenleinen — Linon — Bekleidete Bezüge — Handtücher — Wisch- und
Staubtücher — Frottierhandtücher in großer Auswahl — Tafelentwürfe

Oberhemden — Binder

Damen- und Herrenhandschuhe in Nappa, im. Wildleder und Tricots

Damen- und Kinderschürzen

in hochmodernen Fallsos und Mustern

Herren- und Burschen-Ulster — Winterjoppen — bl. Jacken
Windjacken — Arbeitshosen

Künstlergardinen — Tüllbettdecken Steppdecken — Daunendecken

Bettvorleger, Läuferstoffe, Divan- und Soladecken

Handarbeiten

Vorgezeichnete und fertigestickte Küchen- und Schlafzimmernähturen
Kissendecken — Handtafeln — Oberhandtücher — Klammerschürzen

Strick- und Sportwolle

Bettfedern gar. staubfrei, füllfertig **Inlette**

Damenhüte

Durch direkten Einkauf in Fabriken, unter Ausschaltung des Zwischenhandels und Einkaufsgesellschaften, sowie bis zum äußersten herabgeminderte Betriebskosten, bin ich in der Lage, Ihnen außerordentlich niedrige Preise bei guten Qualitäten bieten zu können.

Otto Wildau :-: Kemberg

Manufaktur-, Putz- und Modewarenhaus

Mein Geschäft ist an den 3 Sonntagen vor Weihnachten von 11 Uhr an geöffnet.

Holzauktion

Nächsten **Donnerstag, den 5. Dezember**, vormittags von
10 Uhr ab verkaufe ab Forstrevier **Rungwitz**
ca. 300 rm altes starkes kiefernes Rollholz
1 m lang
ca. 5 Stangenhaufen
ca. 20 Heistabellen zum Selbstaufbinden
öffentlich meistbietend auf Ort und Stelle.
Bedingungen im Termin.
Zusammenkunft 9/10 Uhr im Forsthaus Rungwitz
Louis Frische, Forstkaufherr, Rungwitz bei Kemberg

Trockenes Kiefernrollholz

sowie
Stangenhaufen
gibt dauernd ab **Walddörfer Konrad**, Jagdhaus Rohrberg in Parzig

Apotheke Kemberg
Drogen und Pflanzhandlung

Agfa

Camera, Filme, Platten
Chemikalien
Photobilder: Weihnachtsnummer

N.M. 300.—

monatlich und mehr können Herren
und Damen aller Stände verdienen,
ohne Kapital, ohne Fachkenntnisse
als unsere Vertreter. Verdienstausschlag
täglich. Auch nebenberuflich.

Bewerbungen unter „Chem. Fabrik“ an Berlin SO 36/797, Postf. 62

Wer verkauft

Wohn- u. Geschäftshaus, Villa, Land-
wirtschaft, Gasthof, Fabrik od. sonst.
Betrieb, auch Vatterrain. Sof. An-
gebote an **F. Wihl, Barentzin, Hamburg**,
Glockengießerwall 16
Ein Stamm **Kathi-Campbell-Enten**

Enten

zu verkaufen **Leipziger Str. 26**

Oberhemden

Nachthemden **Schlafanzüge**
Unterwäsche — Einsatzhemden
Binder — Krawatten
Strümpfe
Hosenträger-Garnituren
auch für den verwöhntesten Geschmack
bei **Richard Samann**

Prima frisches Rind- und Schweinefleisch

sowie
frische Leber u. Fleck
empfiehlt **Ernst Bachmann**

Morgen Dienstag
empfiehlt
frischen Schellfisch
und
frische grüne Heringe

Friedr. Reinecke, Anhalterstr.

Dienstag früh
empfiehlt
frischen echten Schellfisch
frische grüne Heringe

Wierschke, Burgstraße

Kausschlachten

Schlachte morgen **Dienstag** ein
Schwein und verkaufe von 12 Uhr
mittags an

Fleisch, Wurst und Gehacktes
Bfund 1,20 M.
Ernst Lehmann, Leipzig, Neumarkt 9

1 Morgen Acker

wird zu kaufen gesucht. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle dieses Blattes.
Sonabend wurde in Kemberg ein
großes Herrenportemontate
mit einem **Schlüssel**
verloren. Gegen Belohnung abzu-
geben in der Geschäftsstelle d. Bl.

Lehrling

mit guter Schulbildung für Oftern
gesucht.
Bäckerei **Ernst Wend** Konditorei
Telefon 338

Freiw. Feuerwehr
Donnerstag, den 5.
Dezember, abends 8 1/2
Uhr bei Kam. Feiner
(Dopfenblüte)

Bersammlung

Um zahlreiches Erscheinen der Kameraden bittet
Der Oberbrandmeister.

Zum Weihnachtsfest

empfehle in größter Auswahl und feinsten Qualität

Honigkuchen und Lebkuchen

lose und in Packungen

**Sarotti-
Most** Schokoladenherzen und Bretzeln
Spekulatius-Spritzkuchen
Marzipan-Artikel.

Baumbehang Kinderkaufaden - Artikel

Most und Sarotti

Schokoladen u. Konfekt in schönen Weihnachtspackungen

Bäckerei **Ernst Wend** Konditorei
Telefon 338

4 tragende Ziegen Café Irmer

zu verkaufen oder zu vertauschen
Sonntag, den 8. Dezember
Schmiedebergerstraße 15

Glückwunschkarten

für alle Gelegenheiten
empfiehlt **Rich. Arnold**

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Bund deutsch. Kriegsteilnehmer und Republikaner
Morgen Dienstag abends 1/2 9 Uhr
im Bürgeraal

Bersammlung

Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand

Krieger - Verein

Hauskirmes
Dienstag, den 5. Dez.,
abends 1/8 Uhr im Hotel
Balmbaum

Monats-Versammlung

Der Vorstand.

Fahrschule

für Motorräder, Personen- und
Lastkraftwagen, für Berufs- und
Herrenfahrer.

Auto-Heinze Wittenberg

Heinze 2040.

Turn-Verein „Gut Heil“ Reuden

Zu seinem am Sonntag, den 8. Dezember, von abends
7 Uhr an stattfindenden

Winter-Vergnügen

bestehend aus:
Konzert, Theater, turnerischen Vorführungen u. Ball
ladet freundl. ein **der Vorstand.**

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprech-Nr 203

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und Illustriertes Unterhaltungsblatt. — Bezugspreis: Monatspreis für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höhere Detail-, Betriebs- und Streifen- u. w. eilt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Hauptseite Peltseite oder deren Raum 15 Pfg., die Hauptseite Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 143

Dienstag, den 3. Dezember 1929

31. Jahrg.

Die Pächter städtischer Grundstücke werden ersucht,

die Landpächte

bis spätestens 15. Dezember an unsere Kämmererei zu zahlen. Kemberg, den 2. Dezember 1929.
Der Magistrat.

Nutzholzversteigerung.

Montag, den 9. Dezember, 9 Uhr, sollen im Stadtfest Dippin 370 kieferne Brett- u. Bauftämme, 7 eiserne Nutzstücke,



zwei Millionen, die endlich nach 17-jähriger Kälte, nach Not der Befassung und unangenehmer Bedrückung die Freiheit begrüßen dürfen. Die zweite Zone, die Koblenz, Aachen, Düren und Trier umfasst, ist der Heimat, ist dem Reich und somit der deutschen Souveränität wiedergegeben. Nachts 11.55 Uhr verließ die an den Rathhöfen der befreiten Städte und am Deutschen Eck bei Koblenz, dem Zusammenfluß von Rhein und Mosel, verjammerte Bevölkerung mehrere Minuten in Schweigen. In allen Städten hielten die Oberbürgermeister Ansprachen, in Koblenz sprach der Reichsminister für die besetzten Gebiete, und am Grabe Stresemanns auf dem Berliner Lustenstädtischen Friedhof ließ die Stadt Koblenz einen Kranz der Dankbarkeit niederlegen. Zum erstenmal seit Kriegsende wurde auf dem Ehrenbreitstein gegenüber Koblenz wieder die Reichsflagge gehißt. In Aachen zogen Fackelträger durch die Straßen der befreiten Stadt.

Aufruf des Oberpräsidenten Fuchs.

Die zweite Befatzungszone ist geräumt. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember werden zwei Millionen Deutsche die Freiheit wiedererlangen. Vom Ehrenbreitstein und vom Dienstgebäude des Oberpräsidenten, das mehr als zehn Jahre der Rheinlandkommission als Unterkunft gedient hat, wird wieder die deutsche Flagge wehen.

In dieser Stunde werden wir zunächst der Brüder und Schwestern, die in der dritten Zone des besetzten Gebietes und an der Saar weiterhin für Volk und Vaterland fremde Mächte zu ertragen haben. Ihnen gilt unser erster herzlichster Gruß. Wir fühlen uns mit Ihrem Schicksal nach wie vor innig verbunden. Wir hoffen zuversichtlich, daß auch Ihnen recht bald die Stunde der Freiheit lächelt. Mit offenen Armen werden wir auch die Getreuen von der Saar im Vaterlande empfangen.

Unser Dank gilt heute der Reichsregierung, deren weitsehender Politik die Grundlage für eine vorzeitige Räumung gelegt hat. Dankbar denken wir der Fürsorge, die Reich und Staat unserer Heimat in schwerer Zeit haben zuteil werden lassen, und in gläubiger Zuversicht blicken wir auch weiterhin zu Ihnen auf, die auch in Zukunft treue Hüterin unserer Belange sein werden.

Es wird noch durchgreifender Maßnahmen bedürfen, um die von der Befatzung getroffenen Gebiete entwicklungsfähig zu gestalten. — Der Bevölkerung des nunmehr befreiten Gebietes spreche ich aufrichtigen Dank und wärmste Anerkennung aus für die würdige Haltung, die sie in den langen Jahren der Befatzung gezeigt hat.

Das Freiheitsgesetz im Reichstag.

Dr. Curtius verteidigt den Regierungsentwurf.

— Berlin, 30. November.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung stand als einziger Verhandlungspunkt die erste Beratung des aus dem Volksbegehren hervorgegangenen Gesetzentwurfes gegen die Verletzung des deutschen Volkes.

Reichsaußenminister Dr. Curtius.

begründete die Stellung der Reichsregierung, die um eine baldige Entscheidung des Reichstages bitte. Sie fordere und erwarte von ihm die Ablehnung des Gesetzes. Der Volksbegehren sei auf den 22. Dezember festgesetzt. Wirtschaftliche Schätzungen seien hieron ebenso wenig zu befürchten wie eine Beeinträchtigung der Stimmabgabe. Eine Einschränkung würde eine unerwünschte Erschwerung der innen- und außenpolitischen Lage bedeuten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß es sich nur um einen Kampf gegen Severing handele. Die Aktion des Reichsausschusses sei ein Angriff gegen die Autorität des Staates, in dessen Abwehr sich das Reichsministerium mit den Regierungsparteien einigt.

Wenn die Mehrheit des Reichstages dem Gesetzentwurf ablehne, so bedeute das nicht, daß sie sich mit dem Kriegsschuldurteil abfinde. Wir wollen uns aber nicht der Täuschung schuldig machen, als ob das Volkseinstimmig allein internationale Verträge außer Kraft gesetzt werden könnten.

Der Minister beschäftigte sich dann mit dem Teil des Gesetzentwurfes, der die Ablehnung des Youngplanes fordert. In keinem Lande der Erde ließe man bisher auf den Gedanken kommen, Außenpolitik durch Abstimmung machen zu wollen. Auch bei der Schaffung der Weimarer Verfassung habe man an ein solches Volksbegehren wohl nicht gedacht.

Verleugung politischer Entscheidungen in die Massen bedeute Abhandlung der Führung. Der Führergedanke, auf den Jugenbergs und die Seinen so stolz seien, gehe damit unter. Wenn weite Kreise der eigenen Partei ihrem Führer nicht gefolgt seien, so habe man dort wohl gefühlt, daß das Volk mißbraucht werden solle. Der Minister verwies auf die Bestimmung der Reichsverfassung, wonach der Haushaltsplan und Abgabengesetze vom Volksbegehren ausgenommen sind. Die Regierung habe sich nicht darauf berufen, weil es sich hier nicht um ein Abgabengesetz im eigentlichen Sinne handele. Es sei aber gewiss, daß das Volksbegehren gegen den Sinn dieser Bestimmung verstoße. Lieber den Youngplan selbst könne er heute nur mit Zurückhaltung sprechen. Die Reichsregierung sei nicht blind gegen die Voten, die verlesen würden. Keine Rechnungen würden aber die erheblichen Erschwerungen wegdiskutieren können, die er dem deutschen Volke bringe. Vor allem werde die endliche vollständige Räumung des Rheinlandes erreicht.

Der Minister riefte dann 10 Fragen an die Abgeordneten Dr. Jugenbergs. Nach Paragraph 2 des vorliegenden Gesetzes, so erklärte er, hat die Reichsregierung auf die Aufhebung der Kriegsschuld und Sanctionsartikel des Versailler Vertrages und die bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete hinzuwirken.

Zehn Fragen.

1. Haben Sie, so frage ich Herrn Jugenbergs, einen Operationsbefehl zu diesem Etappenbefehl vorbereitet und wollen Sie nicht auch diesen der Reichsregierung für ihren Frontkampf zur Verfügung stellen?
2. Welche Gewähr haben Sie für Ihre in Kassel gemachte Feststellung, daß nach der Ablehnung des Youngplanes die Gläubigeremane bereit wären, im nächsten Jahre neue Verhandlungen aufzunehmen?
3. Wenn Sie, wie bisher, alles auf die Dames-Krise einstellen, haben Sie eine Vorstellung von deren Eintritt und vom Verlauf der Krise und haben Sie eine Sicherheit dafür, daß wir am Ende weniger als nach dem Young-Plan zu übernehmen haben?
4. Sie malen die Gefahr einer neuen Währungsgerüttung an die Wand, was in irrtümlicher Weise eine gewisse Prelle von Zeit zu Zeit wiederholt. Willen Sie nicht, daß mit der Unabhängigkeit der Reichsbank absolute Gewähr für die Festigkeit der Währung gegeben ist und daß die Reichsbank wiederholt die Probe darauf bestanden hat?
5. Sie werden nach Ihren Kesselflickarbeiten eine auswärtige Politik der gegenseitigen Auflösung der Kriegsschulden treiben und erwarten, daß alle Staaten auf diesen Weg gedrängt werden, sobald sie ihn durch Ihre Politik eröffnen. Wollen Sie uns versetzen, welche politischen Schritte Sie bei der Definition dieses Weges im Auge haben?
6. Woher schöpfen Sie die Sicherheit, daß auch die Vereinigten Staaten sich diesem Wege anschließen werden? Sollte Ihr Brief vom März 1929 die Vereinigten Staaten zur Schuldentilgung bereit gemacht haben?

7. Sie wollen die politische Zusammenarbeit in Deutschland durch ein Programm großer politischer Arbeit einleiten. Sind Sie endlich bereit, ein solches nicht aus Schlagworten bestehendes umfassendes Programm vorzulegen?

8. Solange der Young-Plan über uns lastet, soll es nach Ihnen keine Ordnung in Deutschland, kein gesundes Familienleben, keine Steuererleichterung um geben. Wollen Sie uns den Schlüssel zeigen, der nach Ablehnung des Youngplanes den Weg zu all den Gütern eröffnet?

9. Sie lehnen es ab, nach Annahme des Young-Planes mit anderen annehmenden Parteien zusammenzuarbeiten. Da die bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition rundweg jede Koalition mit Ihnen ablehnen, wollen Sie uns die politischen Schritte nennen, mit denen Sie Ihre Ziele in Zukunft verwirklichen wollen?

10. Ist es zu beargen, daß Sie trotz allem an einer Politik festhalten wollen, die unter Missachtung aller politischen Realitäten sich in unerschütterlicher Kritik derer, das Volk verachtet, die eigene Partei in hoffnungslose Isolierung hineinmanövriert und die mühsam erlangte Stellung hinterläßt, das als schwerste Gefahren mülte?

Den Gipfel der Demagogie der ganzen Aktion, so fuhr der Minister fort, stelle der Paragraph 4 dar. Es handelt sich hier nicht um eine Gesetzgebungsaktion, sondern um ein in die Form eines Gesetzes gekleidetes Urteil gegen ganz bestimmte Männer. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei habe dieses Vorgehen als ein Infamie bezeichnet, für die die härteste politische Kampfs keine Entschuldigung bietet. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Wenn der vorliegende Entwurf Gesetz würde, wäre nicht nur eine Weiterverfolgung unserer politischen Ziele unmöglich gemacht, sondern auch das bisher Erreichte reiflos zertrümmert. Es ist deshalb die Aufgabe der Stunde, eindeutig zu bekunden, daß die Mehrheit des Volkes entschlossen sei, der Reichsregierung auf dem bisherigen Wege der Außenpolitik weiter zu folgen. Wenn es jetzt gelinge, die alten aus dem Weltkrieg herriehrenden Fragen zu beheimen, werden wir nach mehr als bisher in der Lage sein, diejenigen Aufgaben ins Auge zu fassen, die aus der Entlastung der großen internationalen Zusammenhänge ergeben. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den anderen Völkern notwendig. Die Bemittlichung des Volksgehrens dagegen würde Deutschland in die Isolierung zurückwerfen.

Zum Schluß betonte der Minister, daß die Haltung, mit der wir die Wege unserer Außenpolitik gegangen seien, nicht die des demütig Besiegten gewesen sei. Deutschland habe durch die ehrenvolle Niederlage seinen Stolz nicht verloren.

Der Minister wurde häufig durch Zurufe und Gelächter auf der Rechten unterbrochen. Als er die 10 Fragen an Dr. Jugenbergs richtete, erklärte bei den Regierungsparteien stürmischer Beifall und Händeklatschen, häufig auch lärmendes Gelächter, worauf von der Rechten mit Zwischenrufen erwidert wurde. Am Schluß erhielt der Minister starken Beifall bei den Regierungsparteien. Einige Nationalsozialisten und Kommunisten wurden zur Ordnung gerufen.

Nach der Rede des Außenministers wurde ein Antrag des Abgeordneten

Dr. Fritz (Nat.-Soz.)

auf Herbeiführung des Reichsvertrahsministers, der über die Erfüllung der deutschen Ehrenpflichten im besetzten Gebiet und über die Reichsstellung der Ehrenabkommen im neuen Reichsbegehrengelei Auskunft geben sollte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann nahm Abgeordneter

Eiser (Ztr.)

das Wort, um im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung zu dem Volksbegehren-Gesetz abzugeben. Er betonte dabei, daß das Gesetz die Ergebnisse der bisherigen deutschen Außenpolitik zerlöschen wolle, da es an Stelle einer Politik der Verständigung eine Politik der Herausforderung verlange und die Massen erwecke, daß Deutschland die Kriegsschulden durch bloßen Verzicht abwerten und das Saargebiet sofort völlig befreien könne. Weiter folgten

die verantwortlichen Träger der Reichspolitik als gemeine Verbrecher wegen Landesverrats ins Justizhaus gebracht werden. Damit würden aber nur die hartem Ringen erlittenen Anläufe zum Wiederaufstieg Deutschlands gehemmt werden. Die durch das Volksbegehren erfolgte Aufwühlung des Volkes und das Mißtrauen des Auslandes hätten die Wirtschaft schon länger erschüttert.

In der Zurückweisung der Kriegsschuldenfrage ließe das ganze Volk ein.

Abschließend erklärte Abgeordneter Eiser, die Regierungsparteien würden der Entwürfe in allen ihren Teilen ablehnen, da er nicht zur Freiheit führe, sondern nur zu neuer Sklaverei und Schmach.

Die Ausführungen des Redners wurden bei den Regierungsparteien mit Beifall aufgenommen.

Mit der Aussprache verbunden wird ein deutschnationaler Antrag: den Reichsinnenminister zu ersuchen, als Tag für die Volksabstimmung nicht den Goldenen Sonntag, sondern einen Sonntag anzulegen, der wirklich den Wahlberechtigten die Möglichkeit der Beteiligung biete.

Der Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. ... (Stimmliche Rufe aus den Regierungsparteien: Jugenbergs, Jugenbergs!) Das Wort hat Herr Abg. Dr. Oberhofen.